

Ist unsere Demokratie in Gefahr?

Diskussionsvorlage von Karl Kühbandner

Vorbemerkung

Die Frage, ob Corona unsere Demokratie gefährdet, bewegt gerade große Teile der Öffentlichkeit. Maßnahmen der Regierungen von Bund und Ländern schränken in vielfacher Weise Freiheiten ein, allerdings nicht, wie so oft behauptet, die Freiheit der Meinungsäußerung. Im übrigen ist der Zweifel am Funktionieren unserer demokratischen Institutionen älter als Corona. So schreibt Albrecht von Lucke in der Oktobernummer 2020 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“: „Die demokratischen Institutionen, an der Spitze das Parlament, haben in den letzten drei Jahrzehnten erheblich an Reputation verloren.“

1. Eine Analyse der Lage

Erfreuliche Ansätze breiter Diskussionen

Politik ist wieder wichtig: Fridays for Future, Black Lives Matter, Me Too, Anti-Rassismus-Demos: vor allem junge Menschen mischen sich ein und nehmen Stellung zu gesellschaftlichen und politischen Themen.

Grundsätzliches In-Frage-Stellen des „Systems“

Andererseits werden gerade in Zeiten der Pandemie-Bekämpfung Maßnahmen der staatlichen Institutionen als „diktatorisch“, „totalitär“, freiheitsberaubend bezeichnet. Die Gegnerschaft zu gewählten Repräsentanten des Staates wird radikal, was sich in dem Slogan „XY muss weg“ dokumentiert. Dabei sind die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und so genannten „besorgten Bürgern“ fließend.

Forderung nach unmittelbarer Einflussnahme

Derzeit ist direkte Demokratie – nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Forderung der radikalen Sozialisten (Stichwort „Rätesystem“) - eher Sache der Rechten (AfD, Pegida, „Wir sind das Volk“). Allerdings wird die Position der eigenen Gruppierung mit der herrschenden Meinung gleichgesetzt.

Die in den Parlamenten vertretene Linke (SPD, Grüne, Linkspartei) setzt sich eher ein für die Stärkung der demokratischen Institutionen.

Unvollendete deutsche und europäische Einigung

In den neuen Bundesländern ist die Skepsis gegenüber den politischen Institutionen und Mandatsträgern größer als in den alten. Das hat auch handfeste soziale Gründe: Die Löhne und Renten sind immer noch nicht angeglichen. Aber dahinter steckt auch das Gefühl, die Lebensleistung der Menschen aus dem „Osten“ werde nicht respektiert.

In der EU hat man mit den Beschlüssen zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie einen Schritt hin zu mehr Solidarität gemacht, Deutschland ist dabei erfreulicherweise über seinen Schatten gesprungen bezüglich der gemeinschaftlichen Schulden. Der Weg zu einer gemeinsamen Finanz-, Wirtschafts-, Steuer- und Außenpolitik erscheint aber noch weit.

Zu beidem außerordentlich lesenswert: Jürgen Habermas, 30 Jahre danach: Die zweite Chance, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2020“.

Absolut-Setzen der eigenen Position

Akzeptiert werden nur Autoritäten, welche die eigene Position unterstützen. Gegenpositionen werden radikal abgelehnt, der Gegenseite wird unterstellt, sie verfolge mit ihren Vorschlägen, Maßnahmen, Regeln verwerfliche Ziele, die sie aber durch „Klimaschutz“, „Gesundheitsschutz“ oder ähnliches verschleierte.

In den sozialen Netzwerken bilden sich „Echokammern“, die sich als Stimme der Vernunft verstehen.

Rassismus, Antisemitismus, Reichsbürger-Fantasien, Nazi-Ideologie, Antifeminismus und Frauenhass

Die größte Gefahr für Staat und Gesellschaft stellen Gruppen dar, die den Boden unserer demokratischen Ordnung verlassen, offenen Rassismus propagieren, die Bundesrepublik als Staat nicht anerkennen oder offen nationalsozialistische Rituale pflegen und Nazi-Ideologie feiern, oft verbunden mit einem sich konservativ gebenden Antifeminismus bis hin zu einem pathologischen Frauenhass. Wie oben angesprochen sind die Grenzen zu rechtsradikalen Parteien und Organisationen, zum Teil auch zu sich als bürgerlich verstehenden Menschen fließend.

Fazit:

Die Schärfe politischer Auseinandersetzungen nimmt außerhalb der Parlamente zu, während in der parlamentarischen Auseinandersetzung gegensätzliche Grundsatze positionen weniger erkennbar werden.

In der Gesellschaft scheint der „Common Sense“, die Einigung auf Grundsätze, wie sie das Grundgesetz bietet, verloren zu gehen.

Der lange Jahre überwunden geglaubte Faschismus zeigt sich zunehmend offen.

2. Was ist Demokratie?

a) Demokratie ist Volksherrschaft

Exkurs: Formen der Demokratie:

Der Begriff direkte Demokratie (auch unmittelbare Demokratie genannt) bezeichnet sowohl ein Verfahren als auch ein politisches System, in dem die stimmberechtigte Bevölkerung („das Volk“) unmittelbar über politische Sachfragen abstimmt. Direkte Demokratie hat somit zwei Bedeutungen:

- 1. Sie bezeichnet zum einen eine Herrschaftsform, in der (ein Teil der) Macht direkt vom Volk in Abstimmungen ausgeübt wird.*
- 2. Sie bezeichnet zum anderen einzelne politische Entscheidungsverfahren, bei denen das Volk unmittelbar über Sachfragen abstimmt, in einer ansonsten repräsentativen Demokratie. Letztere Bedeutungsvariante wird aufgrund der Kombination von Elementen direkter und indirekter Demokratie auch als halbdirekte oder plebiszitäre Demokratie bezeichnet.*

In der Herrschaftsform der repräsentativen Demokratie (auch indirekte Demokratie oder mittelbare Demokratie genannt) werden politische Sachentscheidungen im Gegensatz zur direkten Demokratie nicht unmittelbar durch das Volk selbst, sondern durch Abgeordnete getroffen. Die Volksvertreter werden gewählt und entscheiden eigenverantwortlich. Da die Volksvertretung meist ein Parlament ist, nennt man das System häufig auch parlamentarische Demokratie. Davon zu unterscheiden ist das parlamentarische Regierungssystem.

Die SPD bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie nach dem Vorbild des britischen Regierungssystems. Allerdings sollten die Möglichkeiten der direkten Demokratie, das heißt plebiszitäre Elemente gestärkt werden. Das bedeutet, dass auch auf Bundesebene in Grundsatfragen Volksbegehren und Volksentscheide möglich sind. Die würde die Akzeptanz des politischen Systems stärken.

b) Demokratie ist „checks and balances“

Merkel – Söder - Schwesig - Laschet: In der Pandemie scheint die „Stunde der Exekutive“ gekommen; das mag in einer Ausnahmesituation notwendig erscheinen. Eine Ermächtigung für Regierungsmitglieder, wie sie zu Beispiel das Infektionsschutzgesetz vorsieht, muss aber jederzeit durch Beschluss des zuständigen Parlaments aufgehoben werden können.

Die Gewaltenteilung ist unverzichtbares Element einer demokratischen Ordnung, Kernstück der Gewaltenteilung ist die Unabhängigkeit der Justiz. Die EU-Mitglieder Polen und Ungarn demonstrieren dies gerade im negativen Sinn.

c) Demokratie ist Rechtsstaat

Dass Gerichte Corona-Vorschriften oder die Absage von Demonstrationen kippen zeigt gerade das Funktionieren des Rechtsstaats. Der Rechtsstaat besagt, dass das Handeln der Amtsträger sich nach Gesetzen richten muss. Er korrigiert in gewisser Weise das Mehrheitsprinzip der Demokratie – der französische Publizist Alexis de Toqueville sprach gar von einer „Tyrannei der Mehrheit“ - indem er die Rechte von Minderheiten schützt.

Die wichtigste Aufgabe des Rechtsstaates ist dabei der Schutz der Grundrechte. Gerade in der Zeit der Pandemie zeigt sich, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionsgefahr in die Rechte des Einzelnen empfindlich eingreifen. Allerdings muss man anerkennen, dass Menschenrechte immer wieder auch im Widerspruch zueinander stehen, wie zum Beispiel das Recht auf Privateigentum zum Gleichheitsgrundsatz. Hier geht es um die Einschränkung von Freiheiten, um das Recht auf „Leben und körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten (Grundgesetz Art. 2, Abs. 2). Allerdings müssen die freiheitsbeschränkenden Maßnahmen der Exekutive immer von der Legislative kontrolliert (s.o.) und von Gerichten korrigiert werden können.

Auch europäische Staaten waren und sind immer wieder in Gefahr, rechtsstaatliche Grundsätze zu verletzen. Neben den erwähnten EU-Mitgliedern Polen und Ungarn kann man auch auf einige europäische Staaten verweisen, die geheime CIA-Gefängnisse beherbergten bzw. mit ihren Geheimdiensten (auch der deutschen) an Verhören von Guantanamo-Häftlingen teilnahmen. Auch die Ausweisung von Roma aus Bulgarien und Rumänien durch die französische Regierung in den Jahren 2009 und 2010 ist hier zu erwähnen.

d) Demokratie ist soziale Gerechtigkeit

Das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz (Art. 20, Abs. 1) soll die Teilhabe aller Menschen in Deutschland am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglichen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, wie sie in den Artikeln 14 und 15 des Grundgesetzes niedergelegt ist. Hier stellt sich eine der Hauptaufgaben der deutschen, aber auch der internationalen Sozialdemokratie. Die zunehmende Vermögensungleichheit, wie sie der französische Ökonom Thomas Piketty, aber auch Marcel Fratscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung konstatiert, muss umgekehrt werden. Die Vermögenden müssen durch eine Änderung der Steuergesetze (unter anderem Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer) zur Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft herangezogen werden. Das Positionspapier der Parlamentarischen Linken in der SPD ist dabei ein vielversprechender Ansatz.

Fazit:

Demokratie ist mehr als nur Mehrheitsentscheidung und vor allem mehr als Übereinstimmung in der eigenen Filterblase. Ein Weg zum Erhalt des demokratischen Miteinander ist zuhören und friedliche Auseinandersetzung.

3. Was tun?

- **Für die SPD ist der Schutz der Menschenrechte oberstes Gebot, auch im Bewusstsein dass Menschenrechte in Konkurrenz zueinander stehen können.**
- **Wir treten ein für den Schutz von Minderheiten und von allen, die wegen politischer Verfolgung und als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.**
- **Die SPD bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie. Die parlamentarischen Debatten müssen allerdings belebt werden: dazu sollten auch Minderheitsregierungen gebildet werden.**
- **Dabei treten wir ein für die Ausweitung plebiszitärer Elemente wie Volksbegehren und Volksentscheid auf die Bundesebene in Grundsatzfragen.**
- **Für die SPD bedarf die Demokratie einer Zivilgesellschaft, die in ihren Strukturen (Verbände, Organisationen, Unternehmen, Institutionen des Bildungswesens usw.) selbst demokratisch organisiert ist.**
- **Für uns ist Voraussetzung einer demokratischen Ordnung die (Wieder-)Herstellung sozialer Gerechtigkeit, um allen soziale und politische Teilhabe zu ermöglichen.**
- **Wir fördern die friedliche und argumentative Auseinandersetzung um die staatliche und gesellschaftliche Ordnung durch Veranstaltungen und Demonstrationen.**
- **Wir müssen unsere gesellschaftliche und politische Ordnung vor den Vereinfachern und Populisten schützen. Politik ist kein einfaches Geschäft.**
- **Die SPD setzt sich ein für gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland und die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten von Europa.**